



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/199 - 30.8.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Bonn und Moskau	S. 1
Die Monarchisten und der Wiener Staatsvertrag	S. 3
Zum Zusammentritt des Personal-Gutachter- Ausschusses	S. 5
"NATO-Fragebogen" - ein folgenschweres Dokument	S. 6

Wiedervereinigungs-hin und -her

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die Konzeption - oder was man so nennt - Bundeskanzler Adenauers in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands leidet an einem unheilbaren Schüttelfrost. Jedenfalls ist diese Konzeption andauernd einer hin- und -her-Zerreissprobe ausgesetzt, dass einem bange werden kann.

Da gibt es eine Rede aus dem Jahre 1947, in welcher Dr. Adenauer erklärte, Berlin dürfe niemals mehr deutsche Hauptstadt werden, denn "wer Berlin zur neuen Hauptstadt macht, schafft geistig ein neues Preussen" - und da gibt es jene Triumphrede auf dem Bonner Marktplatz nach dem 6. September 1953 mit ihrem Slogan: "Nicht Wiedervereinigung, sondern Befreiung!" So geht es andauernd hin und her, und was eine Konzeption sein sollte, ist bestenfalls ein Katalog von Widersprüchen. Schon Goethes Theaterdirektor handelte ja nach dem wohlbewährten Prinzip: "Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen".

Besonders interessant ist nun vor allem die Tatsache, dass der Kanzler offenbar immer das Gegenteil dessen sagen und tun will, was die Sowjetunion gerade sagt und tut, und zwar auch dann, wenn die Sowjetunion - die in Sachen Wiedervereinigung ja auch alles andere als einen geraden Kurs steuert - die Thesen vertritt,

die der Kanzler selbst kurz zuvor vertreten hatte. Ein Beispiel aus jüngster Zeit: nach Malenkows Sturz, als man im Westen vielfach irr-tümlicherweise eine Rückkehr zum Stalinismus und eine Verschärfung der Spannungen erwartete, erklärte der Kanzler, dass zunächst eine allgemeine Entspannung eintreten und man mit der Abrüstung beginnen müsse, bevor eine Einigung über die Wiedervereinigung möglich sei. Die Wiedervereinigung wurde also abhängig gemacht von einer vorhergehenden Lösung der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage.

Das war genau die Position, die Bulganin dann in Genf einnahm, als er forderte, dass zunächst die Frage der europäischen Sicherheit gelöst sein müsse, bevor man an das Problem der Wiedervereinigung herangehen könne. Nun hatte der Kanzler allerdings diese Position wieder verlassen, um die Westmächte aufzufordern, unter keinen Umständen der Sicherheitsfrage die Priorität vor der Wiedervereinigungsfrage einzuräumen.

Ähnliches gilt von der Politik der Stärke. Noch kann jedermann jenes "Friedländer-Interview" nachlesen, in welchem Adenauer sich geradezu entrüstet dagegen verwahrte, je einer Politik der Stärke das Wort geredet zu haben. Ausgerechnet in der Woche nach jener Genfer Konferenz, auf der die Sowjetunion sich zum ersten Male seit Kriegsende freundlich und friedlich gebärdet hat, fiel der Kanzler jedoch wieder in seine alte Vorstellung von der Politik der Stärke zurück. In dem Interview, das er Marguerite Higgins von der "New York Herald Tribune" gewährte, bekräftigte er seine Überzeugung, dass der durch die Einheit und S t ä r k e der westlichen Allianz erzeugte D r u c k auf die Sowjetunion schliesslich die Wiedervereinigung herbeiführen werde. So geht das muntere Spiel immer weiter: will Moskau das, sagt man: "Nein, jenes!" Will Moskau jenes, sagt man: "Nein, das!" Das Bedenklichste daran ist, dass Moskau möglicherweise seinen Spass an diesem Spiele hat, ja im Grunde genommen noch so gerne mitspielt. Denn die Sache liesse sich gerade-
so gut umkehren: sagt man hier das, sagt Moskau: "Nein, jenes!", und sagt man hier jenes, sagt Moskau: "Nein, das!" Überschrift: das große Spiel um die Wiedervereinigung.

Um des Kaisers Bart

K.F., Wien

In der Diskussion um den österreichischen Staatsvertrag haben auch die "Monarchisten" ungefragt ihre Stimme erhoben. Man könnte ihre Existenz als nebensächlich und ihre Tätigkeit als lächerlich abtun, stünden dahinter nicht einflussreiche Kreise der Österreichischen Volkspartei, denen die Republik von Anfang an ein Grauel war. Außerdem ergeben sich aus einer wenn auch nur rudimentären monarchistischen "Bewegung" verschiedene ernsthafte politische Konsequenzen. So waren es beispielsweise die Monarchisten, die als erste eine Revision des erst vor wenigen Wochen in Kraft getretenen Staatsvertrages verlangten, weil sie sich mit dem Artikel 10 dieses Vertrages nicht abfinden können, der eine Rückkehr der Habsburger nach Österreich unmöglich macht. Auf Grund des Artikels 10, Absatz 2, ist nämlich Österreich verpflichtet, das Verfassungsgesetz vom 3. April 1919 aufrechtzuerhalten, durch das die Mitglieder des Hauses Habsburg-Lothringen ihrer Herrscherrechte und sonstigen Vorrechte "für immerwährende Zeiten" verlustig erklärt und des Landes verwiesen wurden.

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) betrachtet nun, ähnlich wie ihre Vorläuferin, die Christlichsoziale Partei, die Republik bestenfalls nur als ein notwendiges Übel oder als eine vorderhand unabänderliche Gegebenheit. Sie vermeidet peinlich das Wort "Republik" und treibt überdies gerne monarchistische "Traditionspflege".

Für eine solche Traditionspflege, verbunden mit erfurchtsvoller Pietät, ergab sich vor einigen Tagen wieder eine gerade jetzt sehr willkommene Gelegenheit: Am 125. sten Geburtstag des Kaisers Franz Joseph I., dem einst das österreichische Volk ausser einer bemerkenswerten sozialen Rückständigkeit vor allem den ersten Weltkrieg verdankte, nämlich als Folge politischer Unfähigkeit und Instinktlosigkeit in der Behandlung der Probleme nationaler Minderheiten. Da nun die Republik toleranter ist als es einst die Monarchie war, konnte

des Kaisers Geburtstag von den Monarchisten und ihren Fürsprechern in den oberen Schichten der ÖVP aufdringlich genug gefeiert werden. Der Bund österreichischer Patrioten und verschiedene andere monarchistische Vereine legten an den zahlreichen, noch immer vorhandenen Denkmälern des einstigen Kaisers Kränze nieder.

Dies ging überall ziemlich reibungslos, um nicht zu sagen un bemerkt, vor sich, mit Ausnahme des niederösterreichischen Industrieortes Berndorf, in welchem sozialistische Gemeindefunktionäre dem ganzen Zauber ein vorzeitiges Ende setzten. Was da als Akt der Pietät getarnt war, war unverkennbar eine bewußte politische Demonstration. Am gleichen Tage ließen nämlich auch eine Gruppe von Monarchisten in Wien zahlreiche gelbe Luftballons aufsteigen, an denen schwarz-gelbe Fahnen, das sind die Farben der einstigen Habsburgermonarchie, befestigt waren. Der katholische Klerus, eingedenk der verlorenen Privilegien, stand nicht weit zurück, sondern ließ durch den Sakristeidirektor von Mariazell dem in Pöcking am Sternbergersee wohnenden "österreichischen Thronfolger" Dr. Otto Habsburg einen Mariazeller Freiheitstaler überreichen.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man jegliche monarchistische Tätigkeit in der Republik Österreich schlichtweg als hochverräterisch bezeichnet. Umsomehr muß man sich wundern, welches Echo des Kaisers Geburtstag im offiziellen Regierungsorgan, der "Wiener Zeitung" gefunden hat. Als besondere Tragik bezeichnet das Organ der Republik die Tatsache, dass zu Lebzeiten des Kaisers "eine neue Epoche mit neuen Auffassungen und Gesetzen", nämlich die republikanische Epoche, begann. Am darauffolgenden Tag berichtete die "Wiener Zeitung" von einer Kranzniederlegung in der Kapuzinergruft in Wien und fügte an die erbauliche Schilderung den Einweis auf die Schaffung eines Reliefbildnisses des Kaisers an. Dieses Bildnis soll in der Gruft angebracht werden, der Entwurf ist bereits zu sehen und der ehemalige Leibfriseur des Monarchen sei zu Rate gezogen worden, um die richtige Ausführung des berühmten Kaiserbartes zu begutachten...

Die von der ÖVP geförderten monarchistischen Umtriebe müssen in Europa und vor allem in den verschiedenen Nachfolgestaaten der einstigen Monarchie Unwillen erregen. Das ist der feierlich erklärten Neutralität Österreichs abträglich. Die Sozialisten wollen dafür sorgen, dass sich die Geister aus der Kapuzinergruft wieder beruhigen.

SPD und Generalität

Der Personalgutachterausschuss ist am Dienstag zum ersten Male zusammengetreten und wird demnächst den Weg zur Ernennung der ersten Generale freigeben. Aus diesem Anlass geben wir gern einigen Überlegungen Raum, die uns von wehrpolitisch besonders interessierter sozialdemokratischer Seite zuzugingen.

Bei allen Gesprächen über praktische Wehrpolitik sollte man den nachdrücklichen Hinweis nicht vergessen, dass die Sozialdemokratie nach wie vor gegen die Aufstellung einer teildeutschen Wehrmacht ist. Sie sieht auch weiterhin in den Pariser Verträgen den entscheidenden Hemmschuh für die Verwirklichung der deutschen Einheit.

Aber ebenso wie es denkbar ist, dass ein Teil der Bevölkerung einer Stadt, aus welchen Gründen immer, gegen die Anschaffung einer Motorspritze stimmt, so wird dieser Teil doch immer dafür sein, dass der Fahrer, der die Spritze lenkt, dies klug und überlegen tut, und dass die Bedienung kräftig zupackt, sollte es erforderlich sein.

Nichts anderes verlangt die SPD im Grunde von der Armee und den sie kommandierenden Generalen. Selbstverständlich ist sie, schon im Hinblick auf das mögliche Schicksal der Soldaten, daran interessiert, dass sie nicht von Laien, sondern von Könnern geführt wird.

Aber darauf kommt es allein nicht an.

Entscheidend ist, dass diese Generale mit unserem Staat und seinen demokratischen Einrichtungen innerlich verbunden sind und nicht etwa teilnahmslos dabei stehen, wenn irgendeinmal ein Tyrann aufsteigt, der die Menschenrechte zu erdrosseln trachtet und mit einem Leutnant und zehn Mann das Parlament nach Hause schicken will. Oder die sich vielleicht sogar einem derartigen Diktator verschreiben, wenn er ihnen prächtige Offizierskasinos, die Besoldungsordnung C oder irgendwelche Latifundien in Aussicht stellt. Es dürfen daher keine verfassungsfeindlichen Abendländer, sondern nur überzeugte Demokraten Offiziersfunktionen erhalten.

Die Sozialdemokratie ist eine alte festgefügte Partei mit einer großen Tradition. Gerade deshalb weiß man in ihr um die Gewichte einer langen geschichtlichen Überlieferung. Auch aus diesem Grunde sollte man sich gerade in ihren Reihen dessen bewußt sein, dass die antidemokratische Seite der deutschen Militärtradition von den Offizieren selbst wird überwunden werden müssen und dass dieser Prozess nur durch eine tiefgreifende geistige Reform des Offizierskorps möglich sein wird.

Das Verhältnis der SPD zu den neuen Generalen sollte daher abwartend, nicht von vornherein misstrauend, aber auch nicht blind vertrauend sein. Die Vergangenheit dieser Generalität verlangt von ihr eine Vorleistung. Wird sie gegeben, so werden die Generale auch im Laufe der Zeit das Vertrauen der Sozialdemokratie erringen können.

Grotesker Widerspruch

sp - Ein geheimnisumwittertes Dokument wird in den kommenden Wochen und Monaten die westdeutsche Öffentlichkeit beschäftigen. Es besteht fast nur aus Zahlen, aus Statistiken und Wirtschaftsanalysen. Es nennt sich "NATO-Fragebogen" und hinter diesem etwas umständlichen Titel verbirgt sich die Höhe des künftigen westdeutschen Verteidigungsbeitrages, den zu leisten die Bundesrepublik nach den Pariser Verträgen verpflichtet ist. Und um es gleich vorweg zu sagen: die Zahlen, die genannt werden, erreichen schwindelnde Höhen, sie übersteigen bei weitem die bisher genannten Schätzungen; noch ehe der westdeutsche Soldat auf bundesrepublikanischem Boden steht, erfahren die Kosten seiner Aufrüstung eine Steigerung, die bis zur Stunde nicht einmal eine oberste Grenze kennt.

Die Realleistungen der NATO werden in einem jährlichen Überprüfungsverfahren bestimmt. Als Ergebnis dieser Jahresüberprüfung werden die Verteidigungsbeiträge der Mitgliedstaaten durch "verbindliche Empfehlungen" von NATO festgesetzt. Das System, nach dem die Kosten aufgeteilt werden, berücksichtigt die finanzielle, die wirtschaftliche und politische Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten. Es liegt jedoch nicht endgültig fest, so dass Raum für viele gewollte Unklarheiten bleibt. Die Alliierten wünschten die Unklarheiten, weil sie aus der jeweils gegebenen Situation heraus hoffen, Vorteile für sich zu gewinnen. Die Bundesregierung wiederum glaubt, aus der gleichen Situation den finanziellen Druck der Besatzungsmächte lindern zu können - ein Tauziehen, bei dem sie schon während früherer Verhandlungen den Kürzeren zog.

So wird es wohl auch bei den kommenden Verhandlungen in Paris sein, bei denen von deutscher Seite Bundesfinanzminister Schäffer persönlich teilnehmen will. Das Bestreben unserer westalliierten Bundesgenossen geht nun dahin, den deutschen Verteidigungsbeitrag von jährlich neun auf 15 Milliarden zu erhöhen, und die Berechtigung dazu leiten sie von dem gestiegenen westdeutschen Sozialprodukt ab. Die Forderung der Westalliierten ist heute umso unverständlicher, als sie in einer Zeit erhoben wird, in der die Abrüstung im Weltmaßstab auf der Tagesordnung der internationalen Politik steht. Der Fragebogen, der dem Bundeskabinett einigen Ärger und dem bundesrepublikanischen Steuerzahler aber viel anhaltenden Kummer bereiten dürfte, mußte fast am gleichen Tag in Paris eingereicht werden, an dem die durch das Genfer Klima neubelebte Abrüstungskommission der UNO in New York hinter verschlossenen Türen wieder zusammentrat. Beides freilich - hier drohendes Anschwellen der Rüstungsausgaben, dort ernsthafte Bemühungen, dem Wahnsinn des Wettübens zu steuern - bildet einen Widerspruch, der seinen Ursprung in den Pariser Verträgen hat, aber heute - nach Genf - umso grotesker und aufreizender wirkt.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau